

Bundesverband der Kultur- und Kreativwirtschaft
Kreative Deutschland
Mehringdamm 61
10961 Berlin
www.kreative-deutschland.de

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017

Die nachfolgenden Wahlprüfsteine hat der Branchenverband der Kultur- und Kreativwirtschaft Deutschland - Kreative Deutschland entwickelt, um sie den aktuell im Bundestag vertretenen Parteien (inklusive der FDP) zur schriftlichen Beantwortung vorzulegen. Die Antworten werden in der Woche vor der Wahl, ab dem 11. September 2017, auf den Website von Kreative Deutschland unbearbeitet veröffentlicht.

Gemäß den Gepflogenheiten des Internet bitten wir daher um möglichst kurze und prägnante Antworten (maximal 500 Zeichen). Per Hyperlink kann dabei auch auf weitere Texte (bspw. Auszüge aus dem Wahlprogramm) verwiesen werden.

Bitte beantworten Sie die nachfolgenden Fragen im Sinne der Positionen Ihrer Partei:

Frage 1: In den vergangenen Jahren wuchs insbesondere durch die Arbeit der Kultur- und Kreativwirtschaftsverbände in den Städten, Regionen und Ländern Deutschlands sowie durch die Mitglieder des Netzwerks öffentlicher Fördereinrichtungen für die Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland die volkswirtschaftliche und wirtschaftspolitische Anerkennung der aus vielen Kleinst und Einzelunternehmen bestehenden Kreativökonomie. Welchen Stellenwert nimmt die Branche im Programm Ihrer Partei ein?

Die Art und Weise, wie Kreative arbeiten, weist voraus, wie sich die Arbeit vieler Menschen im Zuge des digitalen Wandels verändern wird. Schon heute kommt es in immer mehr Arbeitsbereichen auf Ideen an. Zugleich ist auch Arbeit, für die eine hohe Qualifikation vorausgesetzt wird, in den letzten Jahren teils prekär geworden. Die Frage, wie der Markt für Kreative reguliert wird, ist für uns daher auch mit Blick auf die Gesamtökonomie keine unwesentliche.

Frage 2: Die Initiative Kultur und Kreativwirtschaft der Bundesregierung hat zum Ziel, „die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu stärken und die Erwerbschancen innovativer kleiner Kulturbetriebe sowie freischaffender Künstlerinnen und Künstler zu verbessern“ (www.kultur kreativ wirtschaft.de). Seit Abschluss der Regionalberatungen 2014 findet jedoch keine direkte Förderung der Akteure im Rahmen des Programms mehr statt. Wie beabsichtigt Ihre Partei die vorhandenen Bundesmittel zukünftig einzusetzen, um insbesondere die Akteure vor Ort zu unterstützen?

Die Initiative setzt die ihr 2017 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel leider nicht dafür ein, detaillierte Branchenreports zu den einzelnen Teilbranchen zu erstellen, die dringend benötigt werden. Wir würden es auch begrüßen, wenn die Initiative beispielsweise einen Runden Tisch finanzieren würde, um die diversen Interessenvertretungen der Kreativen aus den verschiedenen Branchen zusammenzubringen und in die Lage zu versetzen, gemeinsame Stellungnahmen zu entwickeln.

Frage 3: Zahlreiche Studien zur Branche kommen zu dem Ergebnis, dass die Zusammenarbeit in

Netzwerken für die kleinteilige Branche der Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg der Akteure ist. Dennoch erhalten die meisten Netzwerke keine institutionelle Förderung. Welche Position vertritt Ihre Partei beim Thema Netzwerkförderung?

Interessenverbände von Kreativen, die Beratung, Weiterbildung, Coaching, politische Interessenvertretung und Vernetzung anbieten, sollen für zeitlich befristete Projekte Förderung beantragen können. Mit auf die Teilbranchen der Kreativwirtschaft zugeschnittenen Förderprogrammen wollen wir eine strukturelle Möglichkeit schaffen, um auch zeitlich befristete Projekte wie beispielsweise Konferenzen oder Netzwerktreffen der Interessenverbände zu unterstützen. Mehr dazu in unserem [Positionspapier](#).

Frage 4: Innovationsförderung bezog sich in Deutschland bislang vor allem auf Investitionsförderung bei technischen Innovationen. In der aktuellen Studie über „Ökonomische und verwaltungs-technische Grundlagen einer möglichen öffentlichen Förderung von nichttechnischen Innovationen“ im Auftrag des BMWi liegen „Schwerpunkte der Untersuchung auf der Kreativwirtschaft (z.B. Gamesbranche), der Energiewirtschaft, der digitalen Gesundheitswirtschaft sowie auf weiteren digital industries“ (S.4). Damit werden breiten nichttechnischen und sozialen Innovationen der Kultur- und Kreativwirtschaft eine geringere Priorität eingeräumt. Welchen Fokus legt Ihre Partei bei der zukünftigen Förderung von nichttechnischen Innovationen?

Gerade die größeren Gründungsfördertöpfe sind häufig zu technologieorientiert – geistige, kreative, kulturelle und soziale Innovationen fallen hier durchs Raster. Es bedarf daher einer Überarbeitung des Innovationsbegriffs sowie einer Überarbeitung der Definition förderfähiger Aufgaben in den bestehenden Förderprogrammen der Bundesregierung. Wir fordern zudem, dass spezielle, auf die Teilbranchen der Kreativwirtschaft zugeschnittene Förderprogramme aufgelegt werden.

Frage 5: In den vergangenen Jahren fand in Deutschland und Europa eine intensive Auseinandersetzung über den Schutz von Urheberrechten im digitalen Zeitalter statt. Diese Diskussion ist für die Kreativökonomie, zu der sowohl Urhebende (bspw. JournalistInnen, KomponistInnen, TexterInnen) als auch Verwertende (bspw. Blogger, DJs) gehören, von hoher Bedeutung. Welche Standpunkte vertritt Ihre Partei in Bezug auf den Urheber und Leistungsschutz?

Wir wollen eine Reform des Urheberrechts, die den digitalen Nutzungs- und Verwertungswegen Rechnung trägt. Sie muss die Interessen von VerbraucherInnen, Verwertern und UrheberInnen fair ausgleichen. Wir setzen uns für angemessene Vergütungen und eine Modernisierung des Urhebervertragsrechts ein. Nutzerinnen und Nutzer digitaler Inhalte sollen bei Ausleihe und Weiterveräußerung nicht schlechter gestellt werden als bei analogen Gütern, also digitale Güter mitnehmbar und weiterveräußerbar sein.

Frage 6: Anders als für abhängig Beschäftigte gibt es für junge Selbständige und UnternehmerInnen keine attraktive Angebote zum Aufbau einer Altersvorsorge (die so genannte „Rürup-Rente“ ist gerade für junge Menschen im Gegensatz zur „Riester-Rente“ finanziell unattraktiv). Wie möchte Ihre Partei diese Situation ändern?

Wir wollen die nicht obligatorisch abgesicherten Selbstständigen in den Schutz der Sozialversicherungen (GRV, GKV, Arbeitslosenversicherung) einbeziehen und sie so besser absichern.

Damit sie sich diesen umfassenden Schutz leisten können, wollen wir Selbständige bei den Krankenversicherungsbeiträgen deutlich entlasten und ihnen bei Beitragsrückständen helfen und Schulden erlassen. Zudem suchen wir nach Wegen, Auftraggeber an den Kosten zu beteiligen. Für Selbständige, insbesondere ExistenzgründerInnen, braucht es zudem Übergangsregelungen.

Frage 7: Viele schöpferisch tätige KreativunternehmerInnen sind in der Künstlersozialkasse (KSK) abgesichert. Wie möchte Ihre Partei das System der Sozialversicherung für diesen Personenkreis künftig gestalten?

Die Künstlersozialkasse ist ein wichtiges Instrument zu Absicherung von Kreativen. Wir wollen die KSK erhalten und darüber hinaus die Absicherung von Kreativen insgesamt verbessern. Dazu wollen wir die Mindestbeiträge zur Krankenversicherung für Selbständige, die nicht die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der KSK erfüllen, auf das Niveau der sonstig freiwillig Versicherten reduzieren. Bei der Arbeitslosenversicherung soll schon nach viermonatiger Beitragszeit ein zweimonatiger Bezug von Arbeitslosengeld möglich sein.

Bitte senden Sie uns Ihre Antworten als Textdatei (nicht als PDF) bis spätestens 6. September 2017 per E-Mail an lars.fassmann@kreative-deutschland.de. Vielen Dank für Ihre Mitwirkung!